

NEBENERWERB: Erhält Landwirtschaft im Nebenerwerb in Zukunft mehr Unterstützung und Anerkennung?

# SAB will Strukturen aufrechterhalten

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) fürchtet um die kleinstrukturierte Landwirtschaft. Deshalb will sie die Nebenerwerbslandwirtschaft mit gezielten Massnahmen fördern.

ADRIAN HALDIMANN

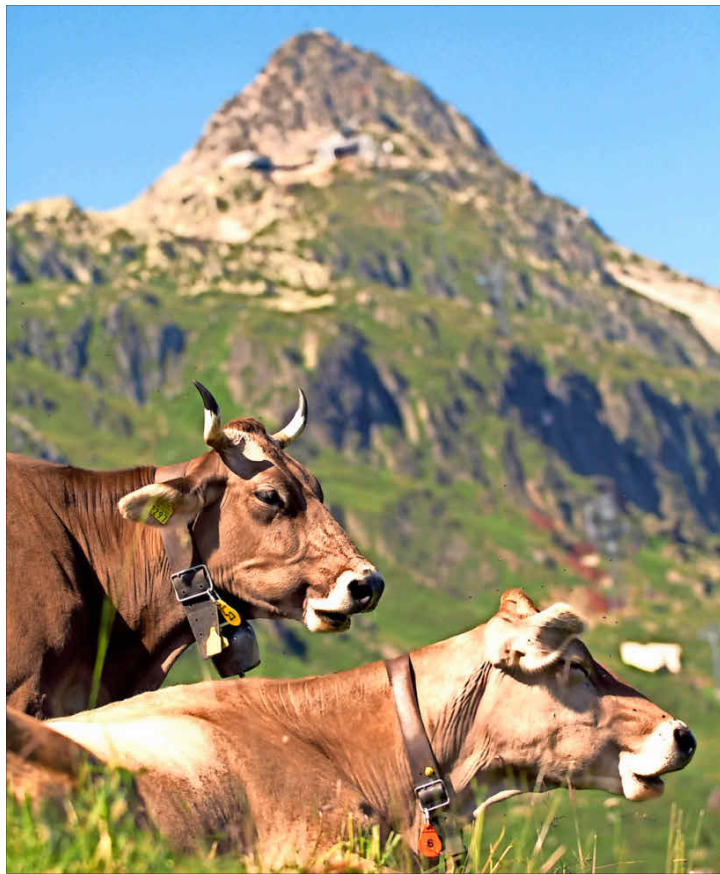
Nebenerwerblich geführte Betriebe sind zwar im Berggebiet mit 32,9 Prozent aller Betriebe am bedeutendsten, allerdings nehmen sie in dieser Region auch am stärksten ab. Im Jahr 2000 wurden noch rund 40,4 Prozent der Betriebe von Betriebsleitern geführt, die im Nebenerwerb in der Landwirtschaft tätig sind.

## Beispiel Österreich

Eine Studie zeigt, dass die Schweiz im Vergleich mit den anderen Alpenländern eine geringe Nebenerwerbsquote aufweist. In Österreich lag beispielsweise der Anteil Nebenerwerbsbetriebe im Jahr 2016 bei 54 Prozent. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete (SAB), die von Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach (CVP, FR) präsidiert wird, zieht Österreich als Beispiel heran, wo die «ökosoziale Agrarpolitik» die Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Tourismus fördere. Den Landwirten sei es erleichtert worden, touristische Angebote auf ihrem Hof anzubieten.

## «Strukturen gefährdet»

Mit den von der SAB gestellten Forderungen für eine bessere Berücksichtigung der Nebenerwerbslandwirtschaft (siehe Kasten), soll die Multifunktionalität der Landwirtschaft weiterhin erfüllt werden. Statt eine rein wirtschaftliche Vision einer international wettbewerbsfähigen Landwirtschaft zu verfolgen, fordert die SAB den Bundesrat auf, auch die anderen Komponenten, die in der Bundesverfassung festgehaltenen,



Der höchste Anteil an nebenerwerblich geführten Betrieben findet sich im Berggebiet. Doch in den umliegenden Alpenländern ist ihr Anteil noch höher. (Bild: Michael Portmann)

zu berücksichtigen. Sie kritisiert ausserdem, dass der Bundesrat den voraussichtlichen Strukturwandel von -2,5 Prozent als sozialverträglich einstuft. Berechnungen des Schweizer Bauernverbandes (SBV) zeigten, dass dabei drei von vier Betrieben, die vor der Betriebsübergabe stehen, aufgegeben werden müssten. Dies würde vor allem im Berggebiet zu gravierenden Änderungen in

den bekannten Strukturen führen, folgert die SAB.

Die SAB sieht wegen der vom Bundesrat geplanten Agrarpolitik für die Nebenerwerbslandwirtschaft Handlungsbedarf. Insbesondere für Nebenerwerbsbetriebe wäre es schwierig, auf einem geöffneten Markt konkurrenzfähig zu sein, betont sie und befürchtet, dass die kleinstrukturierte Landwirtschaft, wie sie vom Schweizer

Volk gewünscht ist, verschwinden würde. Die Vielfalt, die die Schweizer Landwirtschaft ausmache, könnte nicht aufrecht erhalten bleiben.

Neben der Forderung wie beispielsweise ein betriebsbezogener Beitrag soll gemäss der SAB vermehrt ein Augenmerk auf die Förderung der regionalen Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten gelegt werden.

## SAB-FORDERUNGEN

**Einführung von regionalspezifischen Massnahmen unter Berücksichtigung der Nebenerwerbslandwirtschaft:** Agrarpolitische Instrumente sollen vermehrt auf die unterschiedlichen strukturellen Herausforderungen der verschiedenen Regionen ausgerichtet werden.

**Einführung eines betriebsbezogenen Beitrags:** Ein Betriebsbeitrag normalisiere den Pachtzinsmarkt und verbessere die Flächenmobilität. Sie sind eine Möglichkeit, das Fortbestehen von Betrieben in Randregionen zu sichern.

**Investitionskredite für Nebenerwerbslandwirte besser zugänglich machen:** Die bisherigen Regeln würden verhindern, dass innovative Projekte auf Nebenerwerbsbetrieben berücksichtigt werden.

**Förderung der Aus- und Weiterbildung von Nebenerwerbslandwirten:** Diese sollen auf die Bedürfnisse von Nebenerwerbslandwirten zugeschnitten werden.

**Förderung von Kooperationen zwischen Nebenerwerbsbetrieben:** Gerade im Kontext der fortschreitenden Digitalisierung seien überbetriebliche Kooperationen von kleinen Betrieben eine Option, um die nötigen Investitionen in neue Technologien tätigen zu können.

**Regulierung von Grossrautieren in der Schweiz zur Entlastung der Nebenerwerbslandwirtschaft:** Die Rückkehr von Grossrautieren könne zur Aufgabe der landwirtschaftlichen Tätigkeit von Nebenerwerbslandwirten führen.

**Verbindliche und einheitliche Definition der Nebenerwerbslandwirtschaft:** Sie solle als fester Bestandteil der Landwirtschaft anerkannt werden. Damit könne das Bewusstsein über die Nebenerwerbslandwirtschaft gesteigert werden. hal

## NACHRICHTEN

### IG begrüsst das doppelte Nein

Dass die Initiativen für Fair-Food und Ernährungssouveränität deutlich gescheitert sind, hat die IG Bauern/Unternehmen mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, wie sie schreibt. «Aus unserer Sicht waren die Vorlagen zu radikal und stellten sich gegen eine moderne Schweizer Landwirtschaft.» Die Stimmbevölkerung habe Nein gesagt zu mehr Bürokratie, staatlichem Kontrollaufwand, steigenden Preisen für Nahrungsmittel und geringer Auswahl an gesunden, erschwinglichen Produkten. «Zudem waren die Initiativen unnötig, die Verfassung bietet heute genügend Grundlagen, die Anliegen einer nachhaltigen, gesunden Nahrungsmittelproduktion anpacken zu können», heisst es. Die IG sieht sich durch den Volksentscheid in ihrem Ziel bestätigt, nämlich im Inland regionale, qualitativ hochstehende Lebensmittel zu fairen Preisen zu produzieren, ohne dabei die Grenzen einfach zu öffnen. Die beiden «extremen» Agrarinitiativen seien zwar vom Tisch. Doch die Diskussion sei nun erst richtig lanciert. «Dem in der agrarpolitischen Pipeline warten noch unzählige weitere Vorstösse. Wir tun gut daran, auf das Volk zu hören und von einer politischen Zwangerei abzusehen. Wir Bauern brauchen nicht mehr Vorschriften, sondern mehr unternehmerische Freiheiten», so die IG. sal

### Maximale Dauer für Erwerbsbewilligung

Der Bundesrat muss eine maximale Geltungsdauer für erteilte Bewilligungen beim Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken festlegen. Das verlangt das Parlament. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine Motion von Fabio Abate (FDP, TI) angenommen. Dieser sieht eine Lücke darin, dass gesetzlich nicht festgelegt ist, bis zu welchem Zeitpunkt der als nicht übersetzt eingestufte Preis für die Transaktion noch als zulässig angesehen werden kann. Der Bundesrat sprach sich gegen den Auftrag aus, weil er sich den Spielraum für andere Lösungen offenhalten wollte. sda

**INDONESIEN:** Landwirtschaft muss mit baldigem Abschluss eines Freihandelsabkommens rechnen

# FDP-Mann will den Bauern die Interessenvertretung absprechen

Nach dem Palmöl-Entscheid des Ständerats liegt ein Freihandelsabkommen mit Indonesien in der Luft. Eine Aussage von Ständerat Damian Müller (FDP, LU) zeigt, mit welchen harten Bandagen in dieser Sache gekämpft wird.

DANIEL SALZMANN

Diesen Montag traf Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) in Zürich den indonesischen Handelsminister Enggartiasto Lukita. Eine Woche zuvor hatte der Volkswirtschaftsminister im Ständerat angekündigt, dass es jetzt mit Indonesien schnell gehen könnte, dass mit dem Land bald ein Abkommen ausgehandelt sein könnte.

## «Nicht auf den Miststock»

Ein Votum aus dieser Ständeratsdebatte verdient nachgetragen zu werden. Es war Ständerat Damian Müller (FDP, LU), der den Schweizer Bauernverband und dessen Führung scharf und persönlich attackierte. «Die



Damian Müller. (Bild: zvg)

Kehrseite dieser Medaille zeigt Vertreter des Bauernstandes, die nur die eigenen Interessen sehen, keine Dialogbereitschaft an den Tag legen und sich auch nicht davor scheuen, eine ganze Exportwirtschaft zu erpressen» sagte Müller. Landwirt Jean-Pierre Grin (SVP, VD) wolle mit seiner Motion verhindern, dass die Schweiz Freihandelsabkommen mit Malaysia und Indonesien abschliessen könne. Denn wenn man beim Palmöl keine Konzessionen mache, sei ein Abschluss unmöglich. Die Kommissions-

motion aus der Aussenpolitischen Kommission sei ein Brückenschlag, betonte Müller. «Nun erhalte ich vom zuständigen Branchenverband ein Schreiben, datiert vom 21. September, in welchem der unterzeichnende Präsident versucht, unsere Arbeit auf den Miststock zu werfen. Ich lasse einen solchen Umgang nicht zu. Sie wissen, dass zu unserer Kultur Anstand, Dialog und Kompromissbereitschaft gehören!» Geben und Nehmen seien grundlegende Prinzipien der täglichen Arbeit im Rat. «Wenn ich aber sehe, wie viel die Landwirtschaft respektive der zuständige Branchenverband heute zu geben bereit sind, gibt mir das zu denken», so Müller, der nun für eine Bundesratskandidatur im Gespräch ist.

## SBV: «Ein Feigenblatt»

Was trieb Müller zu dieser Attacke? Es war ein Brief des Schweizer Bauernverbandes (SBV), unterzeichnet von Präsident Markus Ritter und Vizepräsident Fritz Glauser, der übrigens ebenfalls Mitglied der FDP ist. Die beiden schrieben, der Titel

der Kommissionsmotion, «Keine Konzessionen beim Palmöl», widerspreche dem Inhalt diametral und gaule etwas vor, was sie nicht halten könne. Die Motion sei «ein Feigenblatt, welches dem Bundesrat ermöglicht, unbeirrt den üblichen Verhandlungspfad zu beschreiten und Konzessionen beim Palmöl zu machen». Zwar gehe die Motion auf den Raps ein, jedoch lediglich auf die Menge, nicht auf den Preis. «Bei einer Zollsenkung für Palmöl-Importe sinken umgehend die Preise für Ölsaaten und Butter», heisst es. Die Mengen würden schrumpfen, beim Raps würde nicht mehr in die Verarbeitung investiert. «Für Unterstützungs-massnahmen ist es längst zu spät, bis der Bundesrat und das Parlament in jahrelangen Debatten zu einer Lösung kommen», wird da prognostiziert. Aus diesen Gründen sei die Kommissionsmotion für die Landwirtschaft kein gangbarer Mittelweg, sondern gefährlich und irreführend, schrieben Ritter und Glauser abschliessend in ihrem Brief.

Fazit: Der SBV hat seine Sicht dargelegt und ein Ja zur Motion

Grin und ein Nein zur Kommissionsmotion empfohlen. Das dürfen die Raps- und Milchproduzenten, die Beiträge nach Brugg schicken, von diesem erwarten.

## Auch Pharma wehrt sich

Der SBV-Brief ist Interessenvertretung, wie sie auch die Economiesuisse für die Exportwirtschaft macht, wenn sie auf ihrer Homepage schreibt, dass sich mit einem Freihandelsabkommen «das Tor zu einem der aufstrebendsten Märkte überhaupt öffnet». Economiesuisse erwähnt aber auch den Schutz des geistigen Eigentums (Patente, Marken) als Herausforderung. Genau deswegen sind übrigens die Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen mit Indien auf Eis gelegt – und zwar auf Druck der Schweizer Pharmaindustrie. Müller könnte auch über die Pharma schimpfen, weil sie der Schweizer Maschinenindustrie den Weg nach Indien verbaut. Er war ja auch völlig frei, trotz den Einwänden der Bauern und vieler Umweltverbände und Entwicklungsorganisationen, die ebenfalls Briefe schrieben, grünes Licht für noch mehr Palmöl zu geben.

REKLAME

Jetzt Lizenz beantragen!

**agrivalor**  
ein Produkt von Agriexpert

Das Programm zur Schätzung des landwirtschaftlichen Ertragswerts

- schnelle und einfache Berechnung
- webbasiert, keine Installation notwendig
- auf mobilen Geräten anwendbar
- sichere Datenverwaltung

Ihr Kompetenzzentrum in der Landwirtschaft  
Treuhand | Bewertung | Recht

Schweizer Bauernverband  
Lausstrasse 10 | 5201 Brugg  
054 462 51 11 | www.agriexpert.ch